

## Editorial

### Netzwerke in Bewegung

Ähnlich rasant wie die Rede von der Globalisierung breitete sich seit Mitte der 1990er Jahre die von Netzwerken in akademischen Diskursen wie in bewegungs- oder entwicklungspolitischen Debatten um globale Restrukturierungen aus. Sind Netzwerke jedoch wirklich ein so neues bedeutendes Phänomen und wie lassen sie sich inhaltlich charakterisieren?

Idealtypisch lässt sich ohne große Schwierigkeiten eine Unterscheidung treffen zwischen netzwerkartigen und hierarchisch organisierten Gebilden. In den letzteren müssen alle organisationsrelevanten Kommunikationen (im idealtypisch vereinfachten Fall!) entlang dem Instanzenweg von den einzelnen Mitgliedern an die Zentrale bzw. von dieser an jene geleitet werden; in den ersteren kann formell jeder mit jedem kommunizieren, es gibt keine privilegierten Knotenpunkte, an denen ungleich mehr Kommunikationen zusammenlaufen als anderswo. In der gesellschaftlichen Realität kommt weder das eine noch das andere vor. Keine noch so straff hierarchisch organisierte (z.B. militärische) Kommandoeinheit kann ohne direkte Kommunikation der Mitglieder untereinander funktionieren; und in jedem Freundeskreis und jeder Schulklasse gibt es privilegierte Knotenpunkte, Personen, die sehr viel häufiger Initiator oder Adressat von Kommunikationen sind als andere (für die vielfach als Ahnherrin der Netzwerktheorie beschworene Soziometrie Morenos war genau dies der Ausgangspunkt). Eine präzise Grenzziehung scheint deshalb kaum möglich.

Anders als die formelle Netzwerktheorie, die beispielsweise untersucht, aus welchen Kommunikationsstrukturen sich welche Pfaddistanzen für die Übermittlung von Botschaften zwischen einzelnen Knotenpunkten ergeben, interessieren sich die in den letzten Jahren zu einer wahren Flut angewachsenen sozialwissenschaftlichen Veröffentlichungen zu Netzwerken eher wenig für deren interne Verbindungsmuster. Gemeinsam ist diesen Arbeiten nur der Fokus auf die Betrachtung von Gebilden unterschiedlichster Reichweite (von global bis regional), die miteinander gemein haben, dass sie relativ wenig verfestigte organisatorische Strukturen aufweisen und auf der Skala zwischen den Extremtypen relativ weit vom hierarchischen Pol entfernt angesiedelt sind. Angesichts der stiefmütterlichen Behandlung, die solche Gebilde in der Mainstream-Soziologie und -Politologie mit ihrer Fixierung auf Container-Begriffe wie Gruppe, Organisation, Institution, Staat, Nation, Ethnie usw. erfahren, ist dies als gesundes Korrektiv fraglos zu begrüßen.

Die anfängliche Euphorie über die theoretische wie praktisch politische Attraktivität des Konzepts allerdings wurde inzwischen durch zunehmend kritische Analysen abgelöst. Machtungleichgewichte sind in Netzwerken eher die Regel als die Ausnahme; sie können sogar direkt durch deren normales Funktionieren produziert werden - wie in der Marktökonomie, diesem Urbild eines netzwerkartigen Zusammenhangs, in dem idealiter jeder mit jedem kontrahieren kann und materialiter dennoch Ungleichheit geschaffen wird. Ferner können die Elemente von Netzwerken intern ihrerseits hierarchisch strukturiert sein, etwa Wirtschaftsunternehmen, welche die netzwerkartige Kooperation mit anderen als die in ihrer konkreten Situation effektivste Form der Profitmaximierung gewählt haben. Zu unterstreichen ist schließlich die inhaltliche Unbestimmtheit des Netzwerkbegriffs.

Netzwerke als Organisationsformen mit wenig hierarchischen Strukturen stehen jedoch keineswegs notwendigerweise für emanzipatorische Inhalte. Auch nicht-emanzipative Gruppierungen können netzwerkartige Organisationsformen zur Durchsetzung von zum Teil menschenverachtenden Zielen nutzen, und das Internet, das heute am häufigsten apostrophierte Paradigma für netzwerkartige Zusammenhänge, bietet auch den verschiedensten sexistischen, rassistischen, rechtsextremen und kriminellen Positionen ein Forum. Vor diesem Hintergrund bleibt die (alte) Frage zunächst offen, ob sich emanzipatorische Inhalte und hierarchische Organisationsformen nicht grundsätzlich widersprechen und ob sich nicht hieraus eine gewisse Affinität zwischen linker Politik und Netzwerkorganisation ergibt. Genauerer Hinsehen zeigt, dass alle Politik zugleich auf netzwerkartige Strukturen angewiesen ist. Dies gilt selbst für eine Politik, die auf die Etablierung bzw. Verfestigung von Herrschaft einschließlich von deren despotischen Formen zielt. Denn auch derartige Politik kommt ohne Zustimmung der Beherrschten nicht aus, setzt doch Gewaltförmigkeit immer subsidiär an: wenn Zustimmung ausbleibt oder verweigert wird. Auf funktionaler Ebene sind Apparate wie Verwaltungen oder Industriebetriebe davon abhängig, dass nicht nur Befehle befolgt, sondern Handlungszusammenhänge selbsttätig am Laufen gehalten oder sogar neu initiiert werden. Es lässt sich also nicht sagen, Netzwerke garantieren emanzipatorische Politik. Wohl aber ist emanzipatorische Politik in besonderer Weise auf Netzwerke angewiesen. Zumindest könnte so eine heilsame Lehre lauten, die aus den wahrhaft katastrophalen Erfahrungen zu ziehen wäre, welche gerade auf der Linken mit hierarchischen Organisationen - seien es nun Massen- oder Kaderparteien oder Gewerkschaften - gemacht wurden. Emanzipatorische Politik kann nämlich um ihrer Glaubwürdigkeit willen nicht - oder zumindest nicht ohne Weiteres - auf autoritäre Praktiken und Gewaltförmigkeit zurückgreifen. Zudem haben Arme und Marginalisierte anders kaum eine Chance, sich Gehör zu verschaffen und ihre Interessen durchzusetzen. Mit besonderer Deutlichkeit zeigen dies der Artikel von Helen Schwenken, der sich mit advokatorischer Politik zugunsten von MigrantInnen auseinandersetzt, sowie die Beiträge von Wolfram Schaffar und Regina-Maria Dackweiler, die das Empowerment von marginalisierten Bevölkerungsgruppen thematisieren.

Eine Vorstellung von der Vielgestaltigkeit der als Netzwerke beschriebenen Gebilde und Bewegungen - insbesondere solcher, die sich emanzipatorischen Inhalten verschrieben haben - zu vermitteln, ist eines der zentralen Ziele dieses Schwerpunktheftes. Das Spektrum der Themen reicht von nationalen Netzwerken von Frauen und von HIV-Infizierten über transnationale advocacy-Netzwerke für MigrantInnen und globale Aktionen von Frauen-Gruppierungen bis zu UN-gestützten Fonds und Kampagnen im Gesundheitssektor.

Lars Kohlmorgen, Wolfgang Hein und Sonja Bartsch gehen in ihrem Beitrag zunächst von einem politikwissenschaftlichen Netzwerkbegriff aus, den sie als Teil spezifischer Governance-Formen definieren. Vor diesem Hintergrund problematisieren sie ausführlich den oben angesprochenen Zusammenhang von Netzwerken und Macht und die Legitimität von Netzwerken. Am Beispiel des Global Fund to Fight HIV/AIDS, Tuberculosis and Malaria (Global Fund) und der Campaign for Access to Essential Medicines machen sie abschließend die aktuelle politische Relevanz dieser Fragen deutlich.

Im Zentrum des Beitrags von Helen Schwenken steht der Kampf von undokumentierten MigrantInnen um ihre Rechte und um Anerkennung. Die Autorin fragt danach, welche Inhalte Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die illegalisierte MigrantInnen advokatorisch unterstützen, thematisieren bzw. ausklammern, und ob auf diesem politischen Feld ein transnationales advocacy-Netzwerk entsteht und vor welchen Herausforderungen es steht.

Am Beispiel des Kampfes um Zugang zu antiretroviralen Medikamenten in Thailand stellt Wolfram Schaffar die Arbeit eines international arbeitenden Netzwerks dar, in dem sehr unterschiedliche Akteure zusammenarbeiteten: Gruppen von HIV-Positiven, NGOs, AkademikerInnen und VertreterInnen der staatlichen Generika-Industrie. Er diskutiert die Frage, auf welchen Wegen und wie weit die einzelnen Akteure durch ihre Arbeit politisiert wurden. Dabei behauptet er, dass die prominente Stellung als politischer Akteur, die die Gruppe der HIV-Positiven, TNP+ (Thai Network of People Living with HIV/AIDS), heute im politischen Tagesgeschehen einnimmt, weniger aus der Arbeit im Netzwerk erklärt werden kann, sondern vielmehr durch ihre Praxis der Wiederaneignung der eigenen Lebensgrundlage, die sie als zuvor durch Medikamenten-Patente enteignet ansahen.

Regina-Maria Dackweiler analysiert die Praktiken und Inhalte eines transnationalen feministischen Netzwerks, des "Weltmarsches der Frauen". Dieser hat in Deutschland wenig Aufmerksamkeit erfahren, obgleich sich Frauenorganisationen aus über 160 Staaten an den Aktivitäten beteiligten. Mit Hilfe der analytischen Kategorien Umverteilung und Anerkennung von Nancy Fraser sowie dem von Nira Yuval-Davis geprägten Modell der transversalen Politik stellt Dackweiler die innovativen Organisierungsmomente des Netzwerks heraus. Das Netzwerk entwickelte über das Bewusstwerden der unterschiedlichen Subjektpositionen einen globalen feministischen Dialog, in dem sich Verschiedenheit und universale feministische Werte ergänzen.

Shirin Hassim analysiert, wie die südafrikanische Frauenbewegung nach einer Phase starker Koalitionen und Kooperationen über ethnische und Klassengegensätze hinweg das angestrebte strategische Gleichgewicht zwischen liberalen Integrations- und eher visionären Transformationszielen verlor. Zwar konnten die ins Parteien- und Parlamentssystem integrierten Frauen einige legislative und sozialpolitische Verbesserungen erkämpfen. Dies verdrängte jedoch die transformatorischen Ziele, führte zu einer wachsenden Entfernung zwischen Elite und Basis sowie zu einer Fragmentierung der Bewegung in wenig vernetzte Organisationen und Strategien.

Außerhalb des Schwerpunktes geht es um die mexikanische Agrarpolitik. Seit der mexikanischen Revolution stellte die Verteilung von Boden an landlose Bauern eine der politischen Prioritäten dar. Als die Regierung Mitte der 1980er Jahre infolge der Schuldenkrise gezwungen war, ihre Wirtschaftspolitik zunehmend neoliberalen Leitlinien zu unterwerfen, führte dies Anfang der 1990er Jahre zum offiziellen Ende der Agrarreform und zu einer Abkehr von der bisherigen Politik der Förderung des Gemeindeeigentums hin zur Unterstützung der Privatwirtschaft. Irma Lorena Acosta Reveles analysiert in ihrem Beitrag die Auswirkungen der neoliberalen Wende in Mexiko auf die Agrarpolitik.

Neu in diesem Jahrgang ist das Peripherie-Stichwort. Es soll für die Peripherie grundlegende Begriffe erläutern, gerade auch für LeserInnen, die mit der entwicklungstheoretischen Diskussion nicht vertraut sind. In dieser Ausgabe schließt das Peripherie-Stichwort die Diskussion des Schwerpunktthemas ab. Reinhart Kößler umreißt darin knapp den Netzwerk-Begriff und seine Reichweite.

Zwei Diskussionsbeiträge runden diese Ausgabe ab. Henning Melber wirft einen kritischen Blick zurück auf das World Social Forum (WSF), das vom 20.-25. Januar 2007 in Nairobi stattfand. Angesichts der Widersprüche, die in Nairobi zutage traten, stellt Melber die Frage danach, wie es mit dem WSF weitergehen kann.

Anuraks Wutthiwongs Beitrag greift das Schwerpunktthema auf und fragt danach, wie weit ein Konzept trägt, das das thailändische Königtum als "Netzwerk-Monarchie" erklären will. Dabei zeigt er vor allem auf, was der Netzwerk-Begriff nicht zu leisten vermag.

Die nächste Peripherie wird ein weiteres derzeit im Entwicklungsdiskurs populäres Thema aufgreifen, die Millennium Development Goals als Verblendungszusammenhang. Im letzten Heft des laufenden Jahrgangs sollen die Beziehungen von Raum, Ethnizität und Politik ausgeleuchtet und so aus der Perspektive der Territorialität möglichst innovativ zu einem Themenkreis beigetragen werden, der die Peripherie bereits verschiedentlich beschäftigt hat. Schließlich wird sich das den Jahrgang 2008 eröffnende Doppelheft mit Problemen gesellschaftlicher Erinnerung befassen, wobei wir uns besonders bemühen wollen, hier Nord-Süd-Zusammenhänge zu berücksichtigen. Zu allen diesen Themen sind nach Maßgabe des vor allem im ersten Fall bereits recht engen Terminplans Beiträge sehr willkommen. Die Calls for Papers für diese und weitere geplante Themenschwerpunkte finden sich auf unserer Homepage.